

Abonnementvertragsbedingungen

Das Abonnement

Grundlage für ein Abonnement ist der Niedersachsentarif. Der Niedersachsentarif ist der einheitliche Tarif für den Eisenbahn-Nahverkehr in Niedersachsen, Bremen und Hamburg.

1. Voraussetzungen für ein Abonnement (Abo)

Ein Abonnement muss für eine Mindestvertragslaufzeit von 12 aufeinander folgenden Kalendermonaten abgeschlossen werden.

Weitere Voraussetzung für den Abschluss eines Abos ist, dass das Abo-Center ermächtigt wird, den jeweiligen Abo-Betrag sowie sonstige fällige Beträge von einem Girokonto abzubuchen. Das Abo-Center führt für die Aktivierung eines Abonnements eine Bonitätsprüfung durch. Bei minderjährigen Antragstellern stehen die gesetzlichen Vertreter/Sorgeberechtigten für die Erfüllung der Forderungen aus dem Vertrag ein. Der Vertrag wird erst nach Unterzeichnung des gesetzlichen Vertreters wirksam. Neben den Abo-Vertragsbedingungen gelten die jeweils aktuellen Beförderungs- und Tarifbestimmungen des Niedersachsentarifes.

2. Verkauf (Monatskarten im Abo)

Anträge für Monatskarten im Abo werden über das Abo-Center sowie über die beteiligten Verkehrsunternehmen ausgegeben oder stehen auf der Internetseite www.transdev.de/abo zum Download bereit. Im Abo-Center können diese telefonisch unter 01806 511 511 (20 Cent inkl. MwSt. Anruf aus dem dt. Festnetz, max. 60 Cent inkl. MwSt./Anruf aus dem dt. Mobilfunknetz), per E-Mail (abo einfach unterwegs@transdev.de) oder schriftlich (Transdev Service GmbH, Demminer Straße 65, 17034 Neubrandenburg) angefordert werden.

Das Abonnement kann mit einem flexiblen Gültigkeitsbeginn abgeschlossen werden. Voraussetzung ist, dass der vollständig ausgefüllte Abo-Antrag spätestens 14 Tage vor dem gewünschten Geltungsbeginn im Abo-Center eingegangen ist. Der Abo-Vertrag verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, sofern nicht gemäß Ziffer 9 der Abo-Vertragsbedingungen fristgemäß gekündigt wurde. Ausgenommen von der Verlängerung ist das Schülerabonnement. Die Laufzeit endet automatisch nach 12 Monaten. Sie erhalten nach der Bestellung Ihre Abo-Stammkarte sowie die Abo-Wertmarken zugesendet. Monatskarten im Abo gelten für beliebig viele Fahrten auf der angegebenen Strecke im angegebenen Geltungszeitraum.

3. Gesamtschuldnerhaftung

Ist der Abonnent nicht Inhaber des in der Einzugsermächtigung genannten Kontos, so haften der Abonnent bzw. Sorgeberechtigte und der Kontoinhaber als Gesamtschuldner für die Einhaltung aller Verpflichtungen (insbesondere der Zahlungsverpflichtungen) aus dem Abo-Vertrag. Der Kunde verpflichtet sich, die Monatsrate auf dem vorgesehenen Konto monatlich bereitzuhalten.

4. Zahlweise

Die Bezahlung des Abonnements erfolgt per monatlicher SEPA-Lastschrift oder einmal jährlich im Voraus. Weiterhin können für Vorauszahlungen die Zahlungsmöglichkeiten PayPal oder Kreditkarte (VISA, Mastercard) genutzt werden.

5. Änderungen

5.1 Kundendaten

Änderungen der persönlichen Daten wie Name, Anschrift, Strecke, Wagenklasse und Bankdaten sind dem Abo-Center unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Änderungsmittelungen die nach dem 16. des Monats (Posteingangsstempel) eingehen, können für den Folgemonat nicht berücksichtigt werden. Die entstehenden Kosten z.B. Rücklastschriftgebühren/Postversandgebühren sind durch den Abo-Kunden zu tragen.

5.2 Änderungen der Abonnementvertragsdaten

Der Umtausch einer Monatskarte im Abo/Schülermonatskarte im Abo ist ab dem ersten Geltungstag des neuen Geltungsjahres in eine entsprechende Monatskarte im Abo unter Änderung der Wagenklasse, des Geltungsbereichs oder der Übertragbarkeit zum selben Kalendertag eines späteren Monats wie der erste Geltungstag möglich, wenn der Antrag auf Änderung spätestens 14 Tage vor dem gewünschten Geltungsbeginn schriftlich beim Abo-Center eingegangen ist. Differenzbeträge werden nacherhoben bzw. verrechnet. Der Umtausch erfolgt unentgeltlich. Wird die bisherige Zeitkarte nicht bis spätestens 5 Tage nach dem Umtauschtermin zurückgegeben, hat der Abonnementinhaber bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Rückgabe weiterhin die vollen monatlichen Raten zu bezahlen. Änderungsmittelungen, die später eingehen (Posteingangsstempel Abo-Center), können für den Folgemonat nicht berücksichtigt werden. Eine Monatskarte im Abo kann während der Laufzeit in ein Abo-XL umgetauscht werden. Ein Abo-XL kann während der Laufzeit nicht in ein reguläres Abo umgetauscht werden. Differenzbeträge werden nacherhoben bzw. verrechnet.

Es ist möglich, das Abo-XL zum jeweiligen Laufzeitende zu kündigen und in ein Abonnement für Jedermann umwandeln zu lassen. Bei der schriftlichen Kündigung ist darauf hinzuweisen, dass das Abo-XL gekündigt und in ein Abonnement für Jedermann umgewandelt werden soll.

6. Mitnahmeregelung

Es gelten die Regelungen der jeweils aktuellen Beförderungs- und Tarifbestimmungen des Niedersachsentarifes.

7. Verlust

Für eine abhanden gekommene persönliche Monatskarte im Abo/Schüler-Monatskarte im Abo oder Stammkarte zu einer Monatskarte im Abo wird einmalig gegen ein Bearbeitungsentgelt in Höhe von 30€ eine Ersatzkarte für die restliche Geltungsdauer durch das ausgebende Abo-Center ausgestellt.

Bei Verlust ist eine vorzeitige Kündigung vor Ablauf der Geltungsdauer abgeschlossen. Die Ersatzausstellung der Stammkarte zu einer Monatskarte im Abo/Monatswertmarke zu einer persönlichen Monatskarte im Abo/Schülermonatskarte im Abo ist schriftlich zu beantragen. Die ursprünglich ausgegebene

Karte verliert mit Zugang der Ersatzkarte ihre Gültigkeit und ist bei Wiederauffinden unverzüglich zurückzugeben.

Abhanden gekommene Monatswertmarken zur übertragbaren Monatskarte im Abo werden nicht ersetzt.

8. Fristlose Kündigung

Kann der jeweilige Betrag mangels Kontodeckung nicht abgebucht werden oder wird eine Lastschrift vom Kontoinhaber trotz korrekter Abbuchung zurückgegeben oder wird die Einzugsermächtigung widerrufen, so kann das Abonnement seitens des Abo-Center mit sofortiger Wirkung zum Ende eines Geltungsmonats gekündigt werden. Bei jeder Kündigung wird das Abonnement ungültig und die verbleibenden Karten sind unverzüglich an das Abo-Center zurückzugeben.

Wird die Zeitkarte nicht bis spätestens 5 Tage nach dem Kündigungstermin zurückgegeben, hat der Fahrgast bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Rückgabe weiterhin die vollen monatlichen Raten zu bezahlen. Die offenen Forderungen bzw. die aus der fristlosen Kündigung nachzuzahlenden Beträge sind zu begleichen.

9. Kündigung

Das Abonnement kann jederzeit mit einer Frist von einem Monat zum selben Kalendertag wie der 1. Gültigkeitstag des Abos gekündigt werden. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.

Bei Kündigung vor Ablauf des ersten Geltungsjahres wird für jeden Monat des Nutzungszeitraumes der Differenzbetrag einer normalen Monatskarte zur Monatskarte im Abo erhoben. Von der Nacherhebung des Differenzbetrages zum Monatskartenpreis für den abgelaufenen Geltungszeitraum ausgenommen, ist die Kündigung aufgrund einer dauerhaften krankheitsbedingten Reiseunfähigkeit. Der Nachweis ist durch ein ärztliches Attest zu erbringen.

Bereits ausgestellte Karten werden mit der Kündigung ungültig und müssen unverzüglich bis spätestens 5 Tage nach dem Kündigungstermin an das Abo-Center zurückgegeben werden. Der monatliche Beitrag ist bis zur Rückgabe weiter zu zahlen.

10. Erstattungsbestimmungen

10.1 Stornierung einer Abo-Bestellung

Bei Monatskarten im Abo/Schüler-Monatskarten im Abo vor dem ersten Geltungstag des neuen Geltungsjahres ist eine Stornierung ohne Bearbeitungsentgelt möglich.

10.2 Fahrgelderstattung bei Krankheit

Bei einer persönlichen Monatskarte im Abo/Schülermonatskarte im Abo ist im Falle einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit von mehr als 21 bis maximal 90 aufeinanderfolgenden Tagen eine Erstattung möglich. Die Arbeitsunfähigkeit und deren Dauer sind durch ein ärztliches Attest nachzuweisen. Ab dem 21. Tag ist die Monatswertmarke im Abo-Center einzureichen.

Für jeden Tag der Reiseunfähigkeit wird 1/360 (Gesamtbeitrag) bzw. 1/30 (monatliche Zahlung) des gezahlten Entgelts erstattet. Die Reiseunfähigkeitsbescheinigung muss spätestens 14 Tage nach Wegfall des Erstattungsgrundes im Abo-Centervorliegen; anderenfalls ist eine Erstattung ausgeschlossen (Ausschlussfrist).

10.3 Elternzeit

Für den Zeitraum der Inanspruchnahme der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) ist eine Erstattung für Inhaber einer Monatskarte im Abo/Schülermonatskarte im Abo möglich. Für jeden Tag der Elternzeit wird 1/360 (Gesamtbeitrag) bzw. 1/30 (monatliche Zahlung) des gezahlten Entgelts erstattet. Dem schriftlichen Antrag mit Angabe des gewünschten Unterbrechungszeitraums des Abos sind beizufügen:

1. persönliche Monatskarte im Abo/Schülermonatskarte im Abo zur Hinterlegung für die Dauer der Unterbrechung,
2. Bescheinigung des Arbeitgebers über die Inanspruchnahme der Elternzeit und deren Dauer (nach § 16 Abs. 1 Satz 8 (BEEG)).

Der unterschriebene Antrag mit den Unterlagen muss spätestens 5 Tage nach dem ersten Unterbrechungstag vorliegen. Rechtzeitig vor Ende des Unterbrechungszeitraums wird die Fahrkarte zurückgesendet. Der zu erstattende Betrag wird in dem Monat, der auf den Zeitpunkt der Rücksendung der Fahrkarte folgt, verrechnet – soweit eine Verrechnung nicht möglich ist – erstattet.

11. Tarif-/Preisänderungen

Im Falle von Tarif- und Preisänderungen wird das Abo-Center Sie rechtzeitig informieren. Sollten Sie mit den Änderungen nicht einverstanden sein, so kann das Vertragsverhältnis innerhalb von 4 Wochen nach Zugang der Mitteilung und vor dem Wirksamwerden der Tarifänderung gegenüber dem Abo-Center schriftlich gekündigt werden. Bitte beachten Sie, dass bei Unterschreitung der Mindestlaufzeit von einem Jahr der Differenzbetrag zur normalen Monatsfahrkarte erhoben wird.

Machen Sie von Ihrem Kündigungsrecht keinen Gebrauch, so werden die geänderten Bedingungen ab dem mitgeteilten Änderungszeitpunkt wirksam.

12. Datenschutz

Die personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Abonnementverwaltung verarbeitet. Alle relevanten Informationen nach Artikel 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) erhalten Sie im Informationsblatt „Information gemäß Artikel 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)“.

Bei Rückfragen

Sollten Sie Fragen haben, stehen wir Ihnen gerne rund um die Uhr unter unserem Service-Telefon 01806 511 511 (20 Cent inkl. MwSt./Anruf aus dem dt. Festnetz, max. 60 Cent inkl. MwSt./Anruf aus dem dt. Mobilfunknetz) zur Verfügung. Die kompletten Bestimmungen zum Abonnement finden Sie in den Beförderungsbedingungen zum Niedersachsentarif unter www.niedersachsentarif.de und www.transdev.de/abo

Information gemäß Artikel 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)

1. Name und Kontaktdaten der Transdev Service GmbH

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und sonstiger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltenden Datenschutzgesetze ist die: Transdev Service GmbH, Demminer Str. 65,17034 Neubrandenburg

2. Kategorien personenbezogener Daten

Im Rahmen der Verwaltung von Abonnements (z. B. Monatskarten, Schüler- oder Job-Tickets) werden folgende Daten von uns erhoben und verarbeitet:

Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Abo-Nummer, Vertragsnummer, Bankverbindungsdaten (IBAN, BIC), Angaben zum Arbeitgeber (Job-Ticket), Schule/Jahrgang (Schüler-Ticket)

3. Zwecke der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt zum Zweck der Durchführung von vorvertraglichen Maßnahmen (Bonitätsprüfung) sowie zur Erfüllung dieses Vertrages gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) EU-DSGVO.

Dies umfasst:

- die Erstellung und Bereitstellung eines Datensatzes für die Ausgabe der Fahrkarte oder für die Ausgabe eines Berechtigungsnachweises
- die Erstellung und Bereitstellung eines Datensatzes für den Druck der Fahrkarte in Papier-Form
- die Ausstellung und Übersendung der Fahrkarte
- die Korrektur der bereits zuvor übermittelten personenbezogenen Daten wegen Änderung der Kontaktdaten, oder vergleichbarer Gründe
- die Abwicklung der Bezahlung der Fahrkarte
- die Kontrolle der Fahrkarte
- die Überprüfung von Missbrauch, wie bspw. Manipulationen oder Fälschungen von Fahrkarten

Die Bereitstellung der Daten ist für Abschluss und Abwicklung des Abonnement-Vertrages erforderlich. Ohne die Bereitstellung der Daten ist der Abschluss eines Abonnement-Vertrages nicht möglich.

4. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung ist für die Erfüllung des Abonnementvertrages mit dem Besteller sowie ggf. Kontoinhaber, falls abweichend und die spätere Nutzung der Fahrkarte durch den Besteller bzw. Nutzer zum Nachweis einer gültigen Fahrtberechtigung im Rahmen der Beförderungsverträge mit dem Verkehrsunternehmen erforderlich. Rechtsgrundlage hierfür ist Artikel 6 Abs. 1 b) EU-DSGVO.

Die Einholung einer Bonitätsauskunft dient der Bewertung der Liquidität und dem damit verbundenen Ausfallrisiko und dient damit der Wahrung eines berechtigten Interesses der Transdev Service GmbH, was nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) EU-DSGVO gerechtfertigt ist, da vorliegend auch nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die Transdev Service GmbH stellt grundsätzlich sicher, dass Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich für eine begrenzte Anzahl von befugten Personen zugänglich sind, die diese Daten für die Bereitstellung der oben genannten Verarbeitungszwecke kennen müssen.

Eine Weitergabe, Verkauf oder sonstige Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nicht, es sei denn, dass dies zum Zwecke der Vertragserfüllung mit Ihnen erforderlich ist oder Sie ausdrücklich Ihre Einwilligung dazu gegeben haben.

Soweit erforderlich, kann eine Weitergabe Ihrer Daten an andere verkehrsführende Unternehmen, Zahlungsdienstleister oder andere zur Erbringung der Dienstleistung oder Vertragsabwicklung eingesetzte Unternehmen erfolgen.

Im Rahmen der Bearbeitung Ihrer Anfragen und Ihrer Nutzung unserer Services beauftragen wir auch externe Auftragnehmer. Diese Dienstleister sind vertraglich zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet und verarbeiten personenbezogene Daten nur nach unseren Weisungen.

Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten unter anderem Dienstleister, Auftragsverarbeiter oder sonstige Dritte zur Erbringung folgender Services sein:

Unterstützung und Wartung von EDV-/ IT-Anwendung

- Callcenter-Services
- Datenvernichtung
- Beitreibung und Zahlungsabwicklung
- Kundenverwaltung
- Lettershops
- Marketing
- Website-Management
- Medientechnik
- Zahlungsverkehr
- Einkauf/Beschaffung.

Die personenbezogenen Daten, die wir über Sie erheben oder verarbeiten, können an Empfänger weitergeleitet werden, die sich innerhalb oder außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ("EWR") befinden können. Für Empfänger mit Sitz außerhalb des EWR hat die Transdev Service GmbH geeignete Maßnahmen ergriffen, um die Anforderungen des Datenschutzgesetzes zu gewährleisten, z.B. der Abschluss geeigneter Mustervertragsklauseln der EU-Kommission, Privacy Shield-Zertifizierung (US), anerkannte Codes of Conduct oder anerkannte Zertifizierungsmechanismen (Artikel 42 DSGVO).

6. Dauer der Datenspeicherung

Die personenbezogenen Daten werden routinemäßig gelöscht, wenn sie nicht mehr zur Vertragserfüllung notwendig sind [Art. 17 Abs. 1 lit. a) EU-DSGVO] und auch nicht mehr gesetzlichen (insb. steuerrechtlichen) Aufbewahrungsfristen unterliegen [Art. 17 Abs. 1 lit.e) EU-DSGVO].

7. Automatisierte Entscheidungsfindung

Die Transdev Service GmbH übermittelt Ihre Daten (Name, Adresse und ggf. Geburtsdatum) zum Zweck der Bonitätsprüfung an die infocore Consumer Data GmbH, Rheinstr. 99, 76532 Baden-Baden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der EU-DSGVO. Übermittlungen auf der Grundlage dieser Bestimmungen dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrnehmung berechtigter Interessen unseres Unternehmens oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen der Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Detaillierte Informationen zur ICD i.S.d. Art. 14 Europäische Datenschutzgrundverordnung („EUDSGVO“), d.h. Informationen zum Geschäftszweck, zu Zwecken der Datenspeicherung, zu den Datenempfängern, zum Selbstauskunftsrecht, zum Anspruch auf Löschung oder Berichtigung etc. finden Sie im **Anhang** zu diesem Antragsformular.

Die automatisierte Entscheidung beschränkt sich allein darauf, ob ein Abonnement-Vertrag mit Ihnen abgeschlossen wird. Wir nutzen die automatisierte Entscheidung unseres Vertriebssystems allein, um uns vor möglichen Zahlungsausfällen zu schützen.

8. Datensicherheit

Die Transdev Service GmbH hat technische und organisatorische Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, die unbefugte oder unrechtmäßige Offenlegung Ihrer personenbezogenen Daten, den unbefugten oder unrechtmäßigen Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten oder Verlust, Vernichtung, Änderung oder Beschädigung Ihrer personenbezogenen Daten, ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig, zu verhindern. Diese Maßnahmen gewährleisten ein Sicherheitsniveau, das den von der Verarbeitung ausgehenden Risiken und der Art der zu schützenden personenbezogenen Daten entspricht.

Unsere Sicherheitsmaßnahmen werden entsprechend der technologischen Entwicklung fortlaufend verbessert.

9. Betroffenenrechte

Wenn Sie Fragen hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten wenden. Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der Transdev Service GmbH ist wie folgt zu erreichen:

Herr Steffen Tracz
Transdev GmbH, Georgenstr. 22, 10117 Berlin
E-Mail: datenschutz@transdev.de

Sie haben als Betroffener gesetzliche Rechte in Bezug auf die personenbezogenen Daten, welche die Transdev Service GmbH über Sie erhebt und verarbeitet.

Laut Gesetz stehen Ihnen die folgenden Rechte zu:

- das Recht auf Auskunft über Sie betreffende Daten (Auskunftsrecht),
- das Recht auf Berichtigung von falschen Daten oder, unter Berücksichtigung der Verarbeitungszwecke, das Recht auf Vervollständigung von unvollständigen Daten (Berichtigungsrecht) und, sofern bestimmte Gründe zutreffen und die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind,
- das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Löschungsrecht),
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung),
- das Recht auf Empfang und Übermittlung der personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, an einen anderen Verantwortlichen (Recht auf Datenübertragbarkeit) und
- das Recht, der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen (Widerspruchsrecht).

Weiterhin steht Ihnen jederzeit ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu.

10. Aktualität der Datenschutzhinformerung

Diese Datenschutzerklärung ist aktuell gültig und datiert vom 24.05.2018.

Information gem. Art 14 EU-DSGVO über die infoscore Consumer Data GmbH („ICD“)

1. Name und Kontaktdaten der ICD (verantwortliche Stelle) sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

infoscore Consumer Data GmbH, Rheinstr. 99, 76532 Baden-Baden
Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der ICD ist unter der o. a. Anschrift, zu Hd. Abteilung Datenschutz, oder per E-Mail unter: datenschutz@arvato-infoscore.de erreichbar.

2. Zwecke der Datenverarbeitung der ICD

Die ICD verarbeitet und speichert personenbezogene Daten, um ihren Vertragspartnern Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen und juristischen Personen sowie zur Prüfung der Erreichbarkeit von Personen unter den von diesen angegebenen Adressen zu geben. Hierzu werden auch Wahrscheinlichkeits- bzw. Scoringwerte errechnet und übermittelt. Solche Auskünfte sind notwendig und erlaubt, um das Zahlungsausfallrisiko z. B. bei einer Kreditvergabe, beim Rechnungskauf oder bei Abschluss eines Versicherungsvertrages vorab einschätzen zu können. Die Datenverarbeitung und die darauf basierenden Auskunftserteilungen der ICD dienen gleichzeitig der Bewahrung der Auskunftsempfänger vor wirtschaftlichen Verlusten und schützen Verbraucher gleichzeitig vor der Gefahr der übermäßigen Verschuldung. Die Verarbeitung der Daten erfolgt darüber hinaus zur Betrugsprävention, zur Risikosteuerung, zur Festlegung von Zahlarten oder Konditionen sowie zur Tarifierung.

3. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung der ICD

Die ICD ist ein Auskunftsteilnehmer, das als solches bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde gemeldet ist. Die Verarbeitung der Daten durch die ICD erfolgt auf Basis einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 a i.V.m. Art. 7 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) oder auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 f DSGVO, soweit die Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist und sofern die Interessen und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, nicht überwiegen. Die ICD stellt ihren Vertragspartnern die Informationen nur dann zur Verfügung, wenn eine Einwilligung des Betroffenen vorliegt oder von den Vertragspartnern ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde und eine Verarbeitung nach Abwägung aller Interessen zulässig ist. Das berechtigte Interesse ist insbesondere vor Eingehung von Geschäften mit wirtschaftlichem Risiko gegeben (z. B. Rechnungskauf, Kreditvergabe, Abschluss eines Mobilfunk-, Festnetz- oder Versicherungsvertrages).

4. Kategorien der personenbezogenen Daten der ICD

Von der ICD werden personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, frühere Anschriften), Informationen zum vertragswidrigen Zahlungsverhalten (siehe auch Ziff. 5), zu Schuldnerverzeichniseinträgen, (Privat-) Insolvenzverfahren und zur (Nicht-)Erreichbarkeit unter der angegebenen Adresse sowie entsprechende Scorewerte verarbeitet bzw. gespeichert.

5. Herkunft der Daten der ICD

Die Daten der ICD stammen aus den amtlichen Insolvenzveröffentlichungen sowie den Schuldnerverzeichnissen, die bei den zentralen Vollstreckungsgerichten geführt werden. Dazu kommen Informationen von Vertragspartnern der ICD über vertragswidriges Zahlungsverhalten basierend auf gerichtlichen sowie außergerichtlichen Inkassomaßnahmen. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, frühere Anschriften) aus den Anfragen von Vertragspartnern der ICD gespeichert.

6. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten der ICD

Empfänger sind ausschließlich Vertragspartner der ICD. Dies sind insbesondere Unternehmen, die ein wirtschaftliches Risiko tragen und ihren Sitz im europäischen Wirtschaftsraum, in Großbritannien und in der Schweiz haben. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um Versandhandels- bzw. eCommerce-, Telekommunikations- und Versicherungsunternehmen, Finanzdienstleister (z. B. Banken, Kreditkartenanbieter), Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Darüber hinaus gehören zu den Vertragspartnern der ICD Unternehmen, die Forderungen einziehen, wie etwa Inkassounternehmen, Abrechnungsstellen oder Rechtsanwälte.

7. Dauer der Datenspeicherung der ICD

Die ICD speichert Informationen über Personen nur für eine bestimmte Zeit, nämlich solange, wie deren Speicherung i.S.d. Art. 17 Abs. 1 lit. a) DSGVO notwendig ist.

Die bei ICD zur Anwendung kommenden Prüf- und Löschrufen entsprechen einer Selbstverpflichtung (Code of Conduct) der im Verband Die Wirtschaftsauskunfteien e.V. zusammengeschlossenen Auskunftsteilnehmer.

- Informationen über fällige und unbestrittene Forderungen bleiben gespeichert, so lange deren Ausgleich nicht bekannt gegeben wurde; die Erforderlichkeit der fortwährenden Speicherung wird jeweils taggenau nach vier Jahren überprüft. Wird der Ausgleich der Forderung bekannt gegeben, erfolgt eine Löschung der personenbezogenen Daten taggenau drei Jahre danach.
- Daten aus den Schuldnerverzeichnissen der zentralen Vollstreckungsgerichte (Eintragungen nach § 882c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 – 3 ZPO) werden taggenau nach drei Jahren gelöscht, jedoch vorzeitig, wenn der ICD eine Löschung durch das zentrale Vollstreckungsgericht nachgewiesen wird.

- Informationen über Verbraucher-/Insolvenzverfahren oder Restschuldbefreiungsverfahren werden taggenau drei Jahre nach Beendigung des Insolvenzverfahrens oder nach Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung gelöscht.
- Informationen über die Abweisung eines Insolvenzantrages mangels Masse, die Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen oder über die Versagung der Restschuldbefreiung werden taggenau nach drei Jahren gelöscht.
- Angaben über Anfragen werden spätestens taggenau nach drei Jahren gelöscht.
- Voranschriften bleiben taggenau drei Jahre gespeichert; danach erfolgt die Prüfung der Erforderlichkeit der fortwährenden Speicherung für weitere drei Jahre. Danach werden sie taggenau gelöscht, sofern nicht zum Zwecke der Identifizierung eine länger währende Speicherung erforderlich ist.

8. Betroffenenrechte gegenüber der ICD

Jede betroffene Person hat gegenüber der ICD das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich an die für die ICD zuständige Aufsichtsbehörde –Der Landesdatenschutzbeauftragte für den Datenschutz Baden-Württemberg, Königstr. 10a, 70173 Stuttgart– zu wenden. Einwilligungen können jederzeit gegenüber dem betreffenden Vertragspartner widerrufen werden. Dies gilt auch für Einwilligungen, die bereits vor Inkrafttreten der DSGVO erteilt wurden. Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO kann der Datenverarbeitung aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation der betroffenen Person ergeben, gegenüber der ICD widersprochen werden.

Sofern Sie wissen wollen, welche Daten die ICD zu Ihrer Person gespeichert und an wen sie welche Daten übermittelt hat, teilt Ihnen die ICD das gerne im Rahmen einer –unentgeltlichen– schriftlichen Selbstauskunft mit. Die ICD bittet um Ihr Verständnis, dass sie aus datenschutzrechtlichen Gründen keinerlei telefonische Auskünfte erteilen darf, da eine eindeutige Identifizierung Ihrer Person am Telefon nicht möglich ist. Um einen Missbrauch des Auskunftsrechts durch Dritte zu vermeiden, benötigt die ICD folgende Angaben von Ihnen: Name (ggf. Geburtsname), Vorname(n), Geburtsdatum, Aktuelle Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort), ggf. Voranschriften der letzten fünf Jahre (dies dient der Vollständigkeit der zu erteilenden Auskunft)

Wenn Sie –auf freiwilliger Basis– eine Kopie Ihres Ausweises beifügen, erleichtern Sie der ICD die Identifizierung Ihrer Person und vermeiden damit mögliche Rückfragen. Sie können die Selbstauskunft auch via Internet unter <https://www.arvato.com/finance/de/verbraucher/selbstauskunft/selbstauskunft-anfordern.html> beantragen.

9. Profilbildung/Profiling/Scoring

Die ICD-Auskunft kann um sogenannte Scorewerte ergänzt werden. Beim Scoring der ICD wird anhand von Informationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Prognose insbesondere über Zahlungswahrscheinlichkeiten erstellt. Das Scoring basiert primär auf Basis der zu einer betroffenen Person bei der ICD gespeicherten Informationen. Anhand dieser Daten, von adressbezogenen Daten sowie von Anschriftendaten erfolgt auf Basis mathematisch-statistischer Verfahren (insbes. Verfahren der logistischen Regression) eine Zuordnung zu Personengruppen, die in der Vergangenheit ähnliches Zahlungsverhalten aufwiesen. Folgende Datenarten werden bei der ICD für das Scoring verwendet, wobei nicht jede Datenart auch in jede einzelne Berechnung mit einfließt: Daten zum vertragswidrigen Zahlungsverhalten (siehe Ziff. 4. u. 5.), zu Schuldnerverzeichnis-Einträgen und Insolvenzverfahren (siehe Ziff. 4. u. 5.), Geschlecht und Alter der Person, adressbezogene Daten (Bekanntsein des Namens bzw. des Haushalts an der Adresse, Anzahl bekannter Personen im Haushalt (Haushaltsstruktur), Bekanntsein der Adresse), Anschriftendaten (Informationen zu vertragswidrigem Zahlungsverhalten in Ihrem Wohnumfeld (Straße/Haus)), Daten aus Anfragen von Vertragspartnern der ICD.

Besondere Kategorien von Daten i.S.d. Art. 9 DSGVO (z. B. Angaben zur Staatsangehörigkeit, ethnischen Herkunft oder zu politischen oder religiösen Einstellungen) werden von ICD weder gespeichert noch bei der Berechnung von Wahrscheinlichkeitswerten berücksichtigt. Auch die Geltendmachung von Rechten nach der DSGVO, also z. B. die Einsichtnahme in die bei der ICD gespeicherten Informationen nach Art. 15 DSGVO, hat keinen Einfluss auf das Scoring.

Die ICD selbst trifft keine Entscheidungen über den Abschluss eines Rechtsgeschäfts oder dessen Rahmenbedingungen (wie z. B. angebotene Zahlarten), sie unterstützt die ihr angeschlossenen Vertragspartner lediglich mit ihren Informationen bei der diesbezüglichen Entscheidungsfindung. Die Risikoeinschätzung und Beurteilung der Kreditwürdigkeit sowie die darauf basierende Entscheidung erfolgt allein durch Ihren Geschäftspartner.